A-5-Neu Jüdisches Erbe bewahren – Jüdische Gemeinden unterstützen – Antisemitismus bekämpfen

Antragsteller*in:	Miriam Matz, Sebastian Striegel (beide KV Saalekreis); Philipp Zeller (SV Halle)
Tagesordnungspunkt:	14. Anträge

Jüdisches Erbe in Sachsen-Anhalt bewahren

Die jüdische Kultur hat in Deutschland und auch in Sachsen-Anhalt eine lange Tradition. Im Jahr 2021 werden wir 1.700 Jahre Judentum im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland feiern. Diese 1.700 Jahre gemeinsamer Geschichte verliefen jedoch nicht bruchlos.

Jüd*innen waren im Verlauf der Jahrhunderte häufig der Verfolgung ausgesetzt. Antijudaistische Propaganda bis hin zu Pogromen haben das jüdische Leben immer wieder in Frage gestellt. Das galt auch für große Vordenker*innen unserer Region wie Martin Luther, dessen aggressiver Antijudaismus von seinem reformatorischen Werk nicht getrennt werden kann.

Durch die Shoa sind europäische Jüd*innen und mit ihnen das jüdische Leben in Deutschland vernichtet worden. Es ist daher in besonderem Maße erfreulich, dass sieben Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wieder Jüd*innen Sachsen-Anhalt ihr Zuhause nennen. Als Nachfahren der Täter*innen, der Wegschauenden und den Holocaust mit verschuldenden Bevölkerung herrscht ein Bewusstsein darüber, dass jüdisches Gemeindeleben in Sachsen-Anhalt keine Selbstverständlichkeit ist.

Es ist erfreulich, dass die jüdische Kultur und Religion nach den Schrecken der antijudaistischen Hetze der Vergangenheit in Sachsen-Anhalt heute wieder vertreten ist und offen gelebt wird. Zugang zu jüdischer Kunst, Kultur und Tradition bieten bspw. die „Tage der jüdischen Kultur und Geschichte“ in Magdeburg oder die „Jüdischen Kulturtage“ in Halle. Verschiedene Veranstaltungsformate bringen dabei Besonderheiten des jüdischen Kulturguts näher und ermöglichen den Dialog. Das Interesse und die Partizipation der Bevölkerung an diesen Veranstaltungen sind groß und unbedingt unterstützenswert.

Es ist zudem hervorzuheben, dass die Stadt Halle in vergangenen Jahrhunderten stark von der jüdischen Kultur beeinflusst wurde. Davon zeugt bspw. die Nähe der jiddischen Sprache zum halleschen Dialekt. Zudem ist die u.A. in Halle wurzelnde Band „Simkhat Hanefesh“, die alte jiddische Lieder wieder zum Leben erweckt, sehr erfolgreich.

Auch das kulturhistorische Museum Synagoge Gröbzig ist weit über die Grenzen Sachsen-Anhalts hinaus bekannt und deutschland- und europaweit einmalig. In der Synagoge, dem Gemeindehaus, der Schule und dem Friedhof wird sich mit dem jüdischen Erbe befasst. Dabei bietet dieser Ort die einzigartige Möglichkeit des atmosphärischen Eintauchens in die jüdische Kulturgeschichte des Landes.

Das Ziel die kulturelle Vielfalt, insbesondere auch das jüdische Kulturgut, in Sachsen-Anhalt zu schützen und in seiner Entwicklung zu unterstützen ist ein wichtiges gesellschaftliches Anliegen. Dieses gründet insbesondere auch auf unserer historischen Verantwortung nach den Schrecken der Shoa. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt fordern die Landesregierung aus diesem Grund dazu auf,

Initiativen zu fördern, die die jüdische Kultur in Bereichen wie Religion, Sprache, Theater, Musik und Geschichte bewahren und die Weltoffenheit unserer Gesellschaft sicherstellen und erweitern.

Erinnerungskultur fortentwickeln

Im Schulunterricht spielt das Judentum eine geringe Rolle. Zwar werden Grundkenntnisse der Religion im Religions- und Ethikunterricht vermittelt und im Geschichtsunterricht wird das Judentum erwähnt, jedoch konzentriert sich die schulische Wissensvermittlung fast ausschließlich auf die Shoa. Das jüdische Leben vor und nach dem Kulturbruch der Shoa bleibt weitestgehend unerwähnt, obwohl es ein Teil unserer Geschichte ist.

Die Erinnerungskultur wird heute durch Gedenkstätten und Zeitzeug*innengespräche geprägt, welche wertvolle Arbeit leisten. Doch mit der Zeit werden Zeitzeug*innen immer weniger, weshalb sich die Art der Erinnerungskultur verändern muss. Es müssen Konzepte entwickelt werden, wie wir nachkommenden Generationen die dunkelste Zeit deutscher Geschichte vermitteln, wenn keiner mehr da ist, der diesen Schrecken selbst miterlebt hat. Ein möglicher Weg, den Schrecken zu erfassen, ist es, durch die Vermittlung der jüdischen Kultur zu erleben, welcher bedeutender Teil der Kultur vernichtet wurde. Durch die Kultur wird der emotionaler Zugang zu dem Thema möglich, den es braucht, damit sich die Geschichte nicht wiederholt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt fordern die Landesregierung dazu auf, gemeinsam mit wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen der jüdischen Community ein Konzept zur schulischen und außerschulischen Vermittlung jüdischer Kultur zu entwerfen. Wir sehen dabei die Dialog- und Begegnungsarbeit im jüdisch-muslimischen Kontext, die Kooperationen zwischen jüdischen und nichtjüdischen Bildungsträgern und den Ausbau an Angeboten von Fort- und Weiterbildungen für Lehrer*innen, Polizist*innen, Jugendarbeiter*innen, Verwaltungsmitarbeiter*innen und Mitarbeiter*innen an Hochschulen und in den Medien im Bereich Antisemitismus als zentrale Punkte.

Antisemitismus erfassen und bekämpfen

Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Er besteht in allen gesellschaftlichen Bereichen, wie uns die Übergriffe auf Jüd*innen in den vergangenen Monaten und Jahren verdeutlichen. Der Anstieg antisemitischer Gewalt in Deutschland bereitet uns große Sorge.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt stellen sich entschieden gegen antisemitisches Denken und Handeln. Wir zeigen uns solidarisch mit Opfern antisemitischer Gewalt.

Um die Antisemitismusprävention voranzutreiben, setzen wir uns für die Mitbestimmung von Jüd*innen bei der Definition und Erfassung von Antisemitismus ein. Wir fordern die Landesregierung dazu auf, Jüd*innen, Wissenschaftler*innen der Judaistik und jüdische Institutionen in politische Verhandlungen und zivilgesellschaftliche Gremien, die sich für Demokratieförderung einsetzen und Rassismus und Antisemitismus bekämpfen, mit einzubeziehen.

Zur besseren Dokumentation der Situation antisemitischer Straf- und Gewalttaten in Sachsen-Anhalt fordern wir die Landesregierung dazu auf, den

Verfassungsschutzbericht um ein Kapitel zum Antisemitismus und seinen Erscheinungsformen in allen Phänomenbereichen zu erweitern.

Jiddische Sprache als Minderheitensprache anerkennen

Der Schlüssel zur jüdischen Kultur und Geschichte in Deutschland ist die jiddische Sprache; eine Sprache, die eng mit dem Deutschen verwandt ist. Sie ist zudem der Schlüssel zur jüdischen Kultur in unseren osteuropäischen Nachbarländern. So bietet sich hier die Möglichkeit zu einem engeren Zusammenwachsen der Mitgliedsstaaten der EU durch das gemeinsame jüdische Erbe.

Bedeutendes Kulturerbe in ganz Europa ist in jiddischer Sprache verfasst, so zum Beispiel die erste Autobiografie einer Frau in Deutschland und eine Vielzahl historischer Akten. Kultur und Sprache sind in der jüdischen Kultur stark miteinander verbunden. Jiddischsprachiges Kulturgut und auch die Sprache selbst sind wichtiger Bestandteil unserer Kulturgeschichte. Wir haben die historische Verantwortung diese zu bewahren.

Die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen, welche 1999 in Deutschland in Kraft trat, nennt auch das Jiddische als europäische Minderheitensprache. Anerkannt ist Jiddisch in folgenden EU-Staaten: Bosnien und Herzegowina, Niederlande, Polen, Rumänien und Schweden. Auffällig sind dabei die Situationen der Niederlande und Schwedens. Diese Staaten haben Jiddisch als Minderheitensprache anerkannt, nicht weil sie über die dafür notwendige jiddischsprachige Bevölkerung verfügen würden, sondern weil sie in diesem besonderen Fall sich ihrer historischen Verantwortung stellen. Im Gedenken an die Millionen Menschen, die dem Holocaust zum Opfer gefallen sind, als Zeichen gegen Antisemitismus und für Vielfalt und um Verantwortung für die eigene Geschichte zu übernehmen sollte die Bundesrepublik für diesen gesonderten Fall Jiddisch als geschützte Minderheitensprache anerkennen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt unterstützen Bestrebungen, Jiddisch als Zeichen des Respekts auch in Deutschland als anerkannte Minderheitensprache anzuerkennen.

Jüdische Gemeinden unterstützen

In Verantwortung vor der deutschen Geschichte, die durch die Verfolgung und Vernichtung von Menschen jüdischen Glaubens und jüdischer Herkunft mitgeprägt ist; in Kenntnis der Maßnahmen offener oder verdeckter Gewalt in der Zeit kommunistischer Gewaltherrschaft; in dem Bewusstsein des großen Verlustes, den das Land Sachsen-Anhalt durch die Vernichtung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur erlitten hat sowie in dem Wunsch, der Jüdischen Gemeinschaft in Sachsen-Anhalt den Wiederaufbau eines Gemeindelebens zu erleichtern; haben die Jüdische Gemeinschaft und das Gebiet des Landes Sachsen-Anhalt einen Staatsvertrag geschlossen.

Innerhalb des Staatsvertrags garantiert das Land Sachsen-Anhalt die uneingeschränkte Freiheit des jüdischen Glaubens und gewährt der Religionsausübung den gesetzlichen Schutz. Die Jüdischen Kultusgemeinden im Land und der Landesverband ordnen und verwalten entsprechend der jüdischen Traditionen und Gesetze innerhalb der für alle Bürger*innen des Landes geltenden gesetzlichen Rahmens, ihre Angelegenheiten selbstständig.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt sehen den bestehenden Staatsvertrag als wichtige Grundlage für ein gutes Zusammenleben und die positive Entwicklung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in Sachsen-Anhalt. Für besonders wichtig erachten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt dabei, dass auch innerhalb der Jüdischen Gemeinschaft die Vielfalt der bestehenden religiösen Ausrichtungen gegenseitig anerkannt und respektiert werden. Insbesondere trifft dies auf die Beziehung zwischen den orthodoxen und reformjüdischen Strömungen in den bestehenden Glaubensgemeinschaften zu. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt sehen hier insbesondere den Landesverband in der Verantwortung, auf eine respektvolle Praxis innerhalb der Gesamtjüdischen Gemeinde hinzuwirken.

Während der Novemberpogrome des Jahres 1938 wurde in der ehemaligen Großen Schulstraße in Magdeburg die Synagoge der damaligen jüdischen Gemeinde zerstört. Seit vielen Jahren bemühen sich die Rechtsnachfolger, die Synagogengemeinde Magdeburg K.d.ö.R sowie der Förderverein „Neue Synagoge Magdeburg“ e.V. um einen Synagogenneubau, der für die bestehende Gemeinde eine Ausübung der religiösen Rituale und Traditionen erlaubt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt bekennen sich dazu, dieses Vorhaben zu unterstützen und durch den Neubau einer Synagoge in der Landeshauptstadt Magdeburg dafür Sorge zu tragen, sowohl orthodoxen als auch reformjüdischen Jüd*innen einen geschützten Ort für ihre individuellen religiösen Praxen zu geben.

Die Museumssynagoge Gröbzig sehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt als einen wichtigen und authentischen Ort jüdischen Lebens in Sachen-Anhalt, der Zugang und Einsicht in die jüdischen Traditionen, kulturellen Praxen und den jüdischen Glauben gibt. Die Bespielung des einzigartigen Ortes mit unterschiedlichen Formaten und Ausstellungsgegenständen, die Menschen unterschiedlichen Alters, Nationalität und Bildungsstands vielfältige Einblicke in das Leben und eine Auseinandersetzung mit der Geschichte von Jüd*innen in Sachsen-Anhalt ermöglichen, erachten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt für essentiell.

Die Fortführung und Weiterentwicklung der Museumssynagoge in Gröbzig, auch unter der Prämisse eines regen Austauschs zwischen allen Jüdischen Vertretungen im Land, sehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt in diesem Zusammenhang als wichtig. Ebenso erachten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt eine professionelle fachliche Leitung der Museumssynagoge Gröbzig, welche über die Vernetzung Jüdischer Vertretungen innerhalb des Landes hinaus auch bundesweites und internationales Interesse und Engagement zeigt, für eine positive Entwicklung des kulturhistorischen Museums als wesentlich.

Begründung

erfolgt mündlich